

Ökonomischer und ideologischer Neoliberalismus

Gary S. Schaal/Matthias Lemke/Claudia Ritzi

Zusammenfassung:

Viele Stimmen kritisieren, dass immer weitere Bereiche des sozialen und politischen Lebens ökonomischen Rationalitätskriterien unterworfen werden und machen hierfür den Einfluss des Neoliberalismus verantwortlich. In dem Beitrag zeichnen wir historisch und theoretisch nach, dass Politik und Ökonomie vom 17. Jahrhundert bis Mitte des 20. Jahrhunderts getrennte Sphären darstellten. Mit dem Siegeszug des Neoliberalismus Ende der 1970er Jahre verschob sich jedoch die Grenze: auch demokratische Politik sollte sich jetzt an ökonomischen Effizienzkriterien orientieren und sowohl konservative als auch linke Regierungen haben überall auf der Welt ihre Politik entsprechend ausgestaltet. Der Aufsatz rekonstruiert, wie es zu dieser Entwicklung kam und schlägt eine Differenzierung in ökonomischen und ideologischen Neoliberalismus vor, um die Veränderungen der letzten drei Jahrzehnte besser verstehen und erklären zu können.

Vor allem politisch eher linke AutorInnen vertreten die Position, dass der Neoliberalismus heute nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Politik und sogar das soziale Miteinander der BürgerInnen in den Demokratien des Westens maßgeblich prägt (vgl. Brown 2003; Crouch 2008, Sandel 2012). Doch während in den späten 1970er und 1980er Jahren neoliberale Ideen durch konservative Politiker wie Margaret Thatcher und Ronald Reagan politisch umgesetzt wurden, waren es in den 1990er Jahren „linke“ bzw. sozialdemokratische Politiker – u.a. Bill Clinton, Tony Blair und Gerhard Schröder – die das neoliberale Reformprojekt entscheidend voran getrieben haben (vgl. Streeck 2013). Es besteht kein Zweifel daran, dass die deutsche, britische und die amerikanische Gesellschaft sich nach mehreren Jahrzehnten neoliberaler Po-



litik deutlich verändert haben. Die Frage, ob dieser gesellschaftliche Wandel Resultat eines neoliberalen Reformprojekts ist oder anderen Entwicklungen geschuldet ist, kann nur schwer beantwortet werden, da das Konzept des Neoliberalismus in weiten Teilen des wissenschaftlichen Diskurses in den letzten Jahren überdehnt und zu einem *Catch-All-Begriff* mit geringem analytischen Potenzial wurde. Zudem ist der Begriff Neoliberalismus nicht nur in der politischen Diskussion, sondern auch in der Wissenschaft zu einem politischen Kampfbegriff mutiert (Klein 2009). Um den Einfluss des Neoliberalismus angemessen verstehen zu können, wollen wir in diesem Essay ein differenzierteres Konzept des Neoliberalismus präsentieren.

Die Grundzüge dieses Konzeptes erscheinen deutlich in der grundlegenden linken Kritik am Neoliberalismus, die sich an seiner „Übergriffigkeit“ entzündet: Marktwirtschaftliche Logik werde heute nicht länger nur in der Sphäre der Ökonomie genutzt, sondern auch in der politischen und sozialen Sphäre. Dieses Argument geht davon aus, dass die Sphären der Ökonomie und der Politik sich zwar überschneiden, aber jeweils ihrer eigenen Logik folgen sollen. Folgt man dieser Kritik, so existiert der Neoliberalismus gleichsam doppelt: einerseits als *ökonomische Theorie* und andererseits als *politische Ideologie*. Als *ökonomische Theorie* muss er sich in der Sphäre der Ökonomie behaupten und besitzt dort seine Berechtigung wie andere ökonomische Theorien (z.B. der nach John Maynard Keynes (*1883; †1946) benannte Keynesianismus); als *politische Ideologie* stellt er jedoch den Eigensinn und die Eigenlogik der politischen Sphäre in Frage, indem er marktwirtschaftliche Logik als die angemessenste Form der Entscheidungsfindung in *allen* Bereichen des menschlichen Lebens postuliert. Seine gesellschaftliche Wirkung entfaltet der Neoliberalismus dabei maßgeblich *sprachlich*, d.h. über eine spezifische Rhetorik und argumentative Rationalität (vgl. Brown 2006). Der Prozess der Neoliberalisierung ist damit ein Prozess der Entgrenzung und Entdifferenzierung: Entgrenzung, weil vormals nur in der ökonomischen Sphäre genutzte Logik überall Anwendung finden soll; Entdifferenzierung, weil damit die zuvor genutzten Logiken der anderen Sphären an Relevanz verlieren und sich die Entscheidungs- und Handlungskriterien vormals unterschiedlich prozessierender Systeme annähern. Deshalb sprechen wir in diesem Essay auch von „Ökonomisierung“, weil wir davon ausgehen, dass damit die skizzierte Entwicklung der Neoliberalisierung genauer und unideologischer bezeichnet werden kann.

Eine kritische Diskussion des Neoliberalismus und des Prozesses der Ökonomisierung immer weiterer Bereiche der Gesellschaft muss an den Grenzen und Eigenlogiken der ökonomischen und der politischen Sphäre ansetzen. Dieser Spur wollen wir im Folgenden in theoretischer und historischer Perspektive nachgehen.

1. Das Verhältnis von Staat und Markt – eine ideenhistorische Skizze

Die im Begriff der Ökonomisierung mitgeführte Diagnose einer „Übergriffigkeit“ marktwirtschaftlicher Logik auf die Sphäre des Politischen setzt voraus, dass Staat und Markt, oder allgemeiner Politik und Ökonomie, prinzipiell eigenständige, voneinander getrennte gesellschaftliche Bereiche sind. Als Ergebnis historischer Ausdifferenzierungsprozesse und ihrer semantischen Reflexion und Durchsetzung lässt sich dieses Hintergrundverständnis anhand ideengeschichtlicher Knotenpunkte nachvollziehen.

Die Grundlagen unseres modernen Verständnisses von Politik und Wirtschaft als eigenständige gesellschaftliche Sphären wurden mit der neuzeitlichen Abkehr von der mittelalterlichen Konzeption einer göttlich geordneten, harmonischen Einheitswelt etabliert. War mit dem scholastischen Begriff des *Ordo Universi* im Mittelalter die Vorstellung der göttlichen Planung und transzendenten Legitimation politischer Herrschaft einhergegangen, so kann die Entwicklung der Ordnungsvorstellungen vom Mittelalter zur frühen Neuzeit als die Entdeckung und Entfaltung der Idee der *Kontingenzt* rekonstruiert werden. In jenem Maße, in dem gesellschaftliche Ordnung und politische Herrschaft sich als von Menschen gestaltbar herausstellen, gewinnt das Politische an Eigensinn und emanzipiert sich von theologisch-religiösen Vorgaben. In ideengeschichtlicher Perspektive vorbildhaft für diese Entwicklung ist die von Niccolò Machiavelli (*1469; †1527) vollzogene Loslösung der Politik von Religion und Moral, die erst die Rede von einer spezifisch politischen Sphäre begründet. Aus der Einsicht in die Kontingenzt und grundlegende Veränderbarkeit politischer Ordnung resultiert die Notwendigkeit ihrer diesseitigen politischen Legitimation. Relevant wird damit eine Trias von Konzepten, die seit ihrer Einführung durch Thomas Hobbes (*1588; †1679) das politische Denken der Moderne nachhaltig prägen: die *Vertragstheorie* als zentrale legitimationstheoretische Figur politischer Ordnungen, der *Liberalismus* als politische Theorie des aufstrebenden Bürgertums und der *normative Individualismus* als sein handlungstheoretischer Kern.

Der Markt in der Bedeutung einer distinkten Handlungssphäre bildet die andere, der Sphäre des Politischen entgegengesetzte Seite unserer Differenzierung. Historisch wirkungsmächtig konzeptualisiert wird der Markt als eigenständiger Teil gesellschaftlichen Zusammenlebens insbesondere in *The Wealth of Nations* (1776) von Adam Smith (*1723; †1790). Dessen Grundannahme lautet, dass eine moralische Bewertung des Handelns in der ökonomischen Sphäre nicht nur unangemessen, sondern auch dysfunktional wäre. Aus diesem Blickwinkel heraus werden die Transformation von „private vices“ in „public benefits“ in der *ökonomischen Sphäre* und die Vorstellung einer „invisible hand“ plausibel: Folgt jeder Akteur als Marktteilnehmer seinen eigennützigen Interessen, so entsteht und reproduziert sich daraus eine Ordnung *sui generis*, die allen zugute kommt; das Eindringen marktfremder Handlungsmotive würde diesen Prozess nur stören und seine Effizienz gefährden.

Die für „westliche Gesellschaften übliche“ (Nullmeier 2013: 428) Abgrenzung zwischen *dem Politischen* und *dem Ökonomischen* hat deswegen so bedeutsame Konsequenzen, weil nun einerseits das Politische eigene normative Kriterien entwickelt, die sich als ethische oder moralische Imperative an die PolitikerInnen und die BürgerInnen richten. Folglich kann andererseits die ökonomische Sphäre von Moral entlastet bleiben und gerade deshalb erfolgreich werden. Es ist die *strikte Trennung* der handlungsleitenden Motive in Politik und Ökonomie, die das Denken von Adam Smith auszeichnet. Die Eigenständigkeit der beiden Sphären ist grundlegend und es findet sich in seinem Werk auch keine Stelle, in der er das Prinzip der „invisible hand“ oder die Vorstellung, dass „private vices“ zu „public benefits“ führen, auf die Sphäre der Politik ausweiten will. Umgekehrt impliziert dies, dass die Politik, mit Ausnahme von elementaren Aufgaben, wie etwa der Sicherung der Rechtsordnung als Voraussetzung ökonomischen Handelns, sich nicht regulierend in die ökonomische Sphäre einmischen darf.

In den Werken von Adam Smith und Niccolò Machiavelli sind zwei für das Verständnis von Ökonomisierung relevante Transformationen in der Moderne theoretisch vollzogen worden, die das Verhältnis von Staat und Markt noch heute beeinflussen.

Niccolò Machiavelli trennte Moral und Politik und löste damit die Politik aus den Fängen der Philosophie einerseits und der Theologie andererseits. Damit konzeptualisierte er die Politik in prototypischer Weise als eigenständige und eigensinnige Sphäre. Adam Smith tat das Gleiche für die Ökonomie. Er etablierte sie theoretisch als eigenständiges Handlungsfeld, das durch die Orientierung an spezifisch rationalen Handlungsimperativen charakterisiert ist, die ausschließlich in der ökonomischen Sphäre normative Geltung beanspruchen. Die heutige Vorstellung eines Konkurrenzverhältnisses von Staatslogik auf der einen und Marktlogik auf der anderen Seite, bei dem die Gefahr von Grenzverletzungen seitens der Ökonomie droht, entbehrte zu dieser Zeit noch empirischer wie theoretischer Evidenz. Nicht Konkurrenz, sondern Komplementarität beschreibt hier das Verhältnis von Staat und Markt.

Im Zuge der Konstitution der politischen und ökonomischen Sphäre werden dann sukzessive weitergehende Eigenlogiken des Politischen sowie des Ökonomischen etabliert, etwa hinsichtlich der jeweiligen Zielvorstellungen oder der Akteursideale. Die Ziele der Sphäre der Ökonomie sind relativ eindeutig zu erfassen: individueller ökonomischer Erfolg und daraus resultierend kollektiver Wohlstand, der jedoch über die unterschiedlichen Klassen der Gesellschaft deutlich variiert. Für die Sphäre der Politik ist dieses Ziel schwieriger zu definieren. Folgt man dem Liberalen John Locke (*1632; †1704), so besteht ein Vertrauensverhältnis zwischen Regierten und Regierenden. Dieses hängt von der Einschätzung der Qualität der Politik aus der Perspektive der Regierten ab. Qualität bemisst sich dabei anhand der Idee des *Gemeinwohls*, das gegebenenfalls auch in Konflikt mit individuellen (egoistischen) Interessen stehen kann und ihnen gegenüber Vorrang besitzt. Bereits in der Gründergeneration des Liberalismus beschränkt sich die Aufgabe des liberalen Staates nicht auf die Sicherung individueller Abwehrrechte und die Bereitstellung institutioneller Strukturen für erfolgreichen Handel. Es wird immer anerkannt, dass der Staat für jene Güter zu sorgen hat, die nicht marktgängig sind, also in heutiger Diktion öffentliche Güter. Deutlich wird in diesem Zusammenhang außerdem, dass die politische Sphäre eine spezifische Erscheinungsform besitzt: Sie zeichnet sich durch ihre Orientierung auf eine bestimmte Form sprachvermittelter Rationalität aus, die es ermöglicht, das Gemeinwohl unabhängig von den individuellen Interessen zu identifizieren. Anders als dies im republikanischen Strang der Vertragstheorie – vor allem bei Jean-Jacques Rousseau (*1712; †1778) – der Fall ist, wird das Gemeinwohl nicht substantiell verstanden, sondern kommunikativ-rational. Erst auf der Ebene der Akteure folgt daraus, dass der *Homo oeconomicus* in der ökonomischen Sphäre dominiert, während in der politischen Sphäre der *räsonierende und deliberierende Bürger* verortet ist.

Die historische Ausgangssituation der Trennung von politischer und ökonomischer Sphäre ist damit skizziert; und sie unterscheidet sich deutlich von den heute diagnostizierten und von der politischen Linken kritisierten Dominanz der neoliberalen Ideologie, deren Übergriffigkeit auf alle möglichen Lebensbereiche angekreidet wird. Dies wirft die Frage auf, welche historischen Veränderungen und welche ideologischen Verschiebungen zur gegenwärtigen Situation geführt haben. Dieser Frage werden wir im Folgenden nachgehen, indem wir den Neoliberalismus in seiner ganzen Bandbreite als ökonomische Theorie und als politische Ideologie in den Mittelpunkt der Betrachtung stellen.

2. Vom Liberalismus zum Neoliberalismus

In der Trennung zwischen Politik und Ökonomie, die in theoretischer Hinsicht zunächst maßgeblich den Liberalismus geprägt hat, liegt die Wurzel des Neoliberalismus. Der Liberalismus ist allerdings bei weitem nicht nur die „Vorläufer-Theorie“ des Neoliberalismus, sondern eine der erfolgreichsten Theorien der Moderne. Er war in den letzten drei Jahrhunderten fundamental für die Entwicklung der Demokratietheorie, erlebte jedoch unterschiedliche Konjunkturzyklen: Unter erheblichen Druck geriet er von Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs.

Hintergrund der sinkenden politischen wie auch philosophischen Attraktivität des Liberalismus war zunächst das Nichteinlösen eines seiner zentralen Versprechen. Seit Adam Smith hatte der Liberalismus als ökonomische Theorie (vgl. hierzu ausführlich Wegner 2012) nicht nur die Freiheit des Individuums betont, sondern auch die Herstellung von menschenwürdigen Lebensbedingungen. Zwar artikuliert Adam Smith in *The Wealth of Nations* (1776), dass starke Einkommensunterschiede zwischen den Arbeitern und den besitzenden Klassen bestehen würden. Wenn der Staat nicht in den Markt eingriffe, könnten sich aber auf dem Markt die natürlichen Preise durchsetzen, was bedeute, dass auch die Arbeiter ein Einkommen erzielen müssten, das über dem Existenzminimum liegt.

Adam Smith verfasste seine Studie noch vor der industriellen Revolution und konnte deshalb nicht absehen, dass mit dem Übergang von der Manufaktur zur industriellen Massenproduktion zwar die Produktivität – wie vorhergesagt – exponentiell steigen würde, damit jedoch die Verarmung der Industriearbeiter einhergeht. Es entstand eine neue Klasse, die das Gesicht der industriellen Revolution prägte: das „Proletariat“. Angesichts der in der „sozialen Frage“ offenbar werdenden Verwerfungen der Industrialisierung wurde deutlich, dass die Einheit von Freiheit und ökonomischer Sicherheit, die der Liberalismus versprach, unter dem Regime des *laissez-faire* nicht realisierbar ist.

In dem Maße, in dem der *Laissez-faire*-Liberalismus als gescheitert gelten konnte, stieg eine Theorie auf, die sich ebenfalls durch die Verheißung der Freiheit auszeichnete, dieser jedoch eine andere ökonomische Theorie zu Grunde legte: der Marxismus. Die Verarmung der Industriearbeiter, das Erstarken des Nationalismus mit seinen protektionistischen Tendenzen und die kriegsinduzierte Einführung planwirtschaftlicher Methoden im Ersten Weltkrieg führten dazu, dass der Liberalismus in den Zwischenkriegsjahren kaum Einfluss auf die Wirtschaftspolitik besaß. Dass die ökonomischen Risiken, die sich aus einem *Laissez-faire*-Liberalismus ergeben, nicht nur das Industrieproletariat betreffen, wurde darüber hinaus ab 1928 in der ersten Weltwirtschaftskrise deutlich. Die Antwort des US-Präsidenten Franklin Delano Roosevelt (*1882; †1945) auf diese Krise war ein breiter Maßnahmenkatalog von Wirtschafts- und Sozialreformen, bekannt als *New Deal* (1933-1938), der das Verhältnis von Staat und Markt grundlegend änderte und dem Keynesianismus den Weg zum dominanten Paradigma der Wirtschafts- und Geldpolitik ebnete. Eine massive Interventionspolitik, die Regulierung des Bankensystems und die Einführung von Sozialversicherungen kennzeichnen den bis dato wohl größten Umbruch im Verhältnis von Politik und Ökonomie in der Geschichte der Vereinigten Staaten.

Erst die Krise des Keynesianismus führte zum Wiedererstarken des Liberalismus, jedoch nicht in Form des klassischen Liberalismus, sondern als ein „neuer“ Liberalismus. Der Begriff Neoliberalismus wurde bereits 1938 bei einem Kolloquium von 25 liberalen Ökonomen und Sozialwissenschaftlern in Paris geprägt. Was die Teilnehmer

verband, waren eine kritische Haltung gegenüber dem *Laissez-faire*-Liberalismus, die Sorge um die Zukunft der Freiheit, die sie zum Beispiel durch die *New-Deal*-Politik von Franklin D. Roosevelt gefährdet sahen, und die Kritik an der nachfrageorientierten Wirtschaftslehre von John Maynard Keynes (1936). Richtungsweisend für die weitere Entwicklung des Neoliberalismus war schließlich das Gründungstreffen der *Mont Pèlerin Society* (MPS) am 1. April 1947. Die MPS versteht sich noch heute als „Dachorganisation“ jener Ökonomen, die dem Neoliberalismus nahestehen.

Zusammenfassend kann der Neoliberalismus als eine Theorierichtung charakterisiert werden, die vom Staat, jener „unbeschränkten Demokratie“ (Hayek 1976: 206), eine Selbstbeschränkung in Bezug auf die Nutzung seiner Interventionsmöglichkeiten mit dem Ziel fordert, den ökonomischen Wohlstand der Nation zu maximieren. In einer nach freiheitlichen Wettbewerbsmustern organisierten Wirtschaftsordnung, die als Kernelemente die Anerkennung des Privateigentums, die freie Preisbildung, die Wettbewerbs- und Gewerbefreiheit sowie den Freihandel aufweist, sind staatliche Interventionen nur zur Ermöglichung des Marktaustausches gewünscht, etwa durch die Herstellung von innerer und äußerer Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit sowie die Aufrechterhaltung von Verwaltungsstrukturen.

Auf Basis dieser geteilten Anliegen können drei Ansätze des Neoliberalismus differenziert werden: der „Ordoliberalismus“, der „evolutionäre Neoliberalismus“ (vgl. Biebricher 2012: 58) und der „monetaristische Neoliberalismus“.

Der *Ordoliberalismus* beschreibt eine Theorieschule, die in den 1940er und 1950er Jahren in Deutschland von einflussreichen Ökonomen wie Franz Böhm, Walter Eucken, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow (*Freiburger Schule*) entwickelt wurde. Sie erkannten die Notwendigkeit des Staates als Garant der institutionellen Rahmenordnung der Ökonomie an und akzeptierten deshalb staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, wenn sie das Marktgeschehen fördern, die Bildung von Monopolen oder Kartellen verhindern, Konjunkturschwankungen ausgleichen oder dem sozialen Ausgleich dienen und so zur Legitimität des politischen Systems insgesamt beitragen (vgl. Grenier/Orléan 2007). Unter den Spielarten des Neoliberalismus ist der Ordoliberalismus jene, die, trotz des prinzipiellen Plädoyers für freie Märkte und Subsidiarität, eine vergleichsweise positive Haltung gegenüber staatsinterventionistischen und sozialpolitischen Maßnahmen aufweist.

Der maßgeblich von Friedrich August von Hayek (*1899; †1992) vertretene *evolutionäre Neoliberalismus* hingegen betont weit deutlicher die Vorteile der Selbststeuerung der Marktwirtschaft. Der Markt wird hier als das beste Medium betrachtet, um *dezentral* vorhandene Informationen zu vernetzen und zur Basis von hochwertigen Entscheidungen zu machen. Angesichts zunehmender gesellschaftlicher Komplexität und Kontingenz infolge funktionaler Differenzierung wäre keine staatliche Instanz auch nur annähernd in der Lage, jene Informationen zu sammeln, geschweige denn zu verarbeiten, die dezentral und permanent von den Marktteilnehmern generiert und ausgetauscht werden. Vor dem Hintergrund dieser Annahmen ist für Hayek der Schluss zwingend, dass staatliche Interventionen in den Markt, die über die Funktion der Rahmensetzung hinausgehen, schlechtere Ergebnisse erzielen müssen als ein auf Marktsteuerung basierendes Verfahren. Zudem geht Hayek nicht davon aus, dass Märkte zu einem Gleichgewicht tendieren, denn jedes Gleichgewicht bedeutet, dass ein System stagniert. Der Markt stagniert jedoch nicht – er ist dynamisch und damit ein evolutionärer Mechanismus.

Von zentraler Bedeutung für den dritten Ansatz, den *monetaristischen Neoliberalismus*, ist die *Chicago-School*, und hier insbesondere Milton Friedman (*1912; †2006),

der seit Anfang der 1970er Jahre mit seiner Forderung nach freien Märkten und freiem Handel sowie einer nicht regulierten, nationalstaatlich verfassten Wirtschaftsordnung als zentralen Voraussetzungen für Demokratie und Freiheit zunehmend deutungsmächtig geworden ist (vgl. Klein 2009). Der monetaristische Neoliberalismus geht von der Vorstellung aus, dass in einem vollkommenen Markt Angebot und Nachfrage einander automatisch austarieren. Störungen des Marktes, die eine optimale Marktfunktion behindern, wie etwa hohe Steuern oder stark regulierte Arbeitsmärkte, gilt es zu beseitigen. Das Spezifische dieser Variante des Neoliberalismus besteht in seiner strikten Angebotsorientierung – im Unterschied zur Nachfragepolitik des Keynesianismus. In Teilen ist der monetaristische Neoliberalismus etwa in den USA unter Ronald Reagan (*Reaganomics*), in Großbritannien unter Margaret Thatcher (*Thatcherismus*) oder in Neuseeland unter Roger Douglas (*Rogernomics*) praktiziert worden. Er verlangt vom Staat die Umsetzung von Deregulierung und Privatisierung sowie die Reduktion von Bürokratie und die kompromisslose Durchsetzung des Freihandels.

Diese skizzenartige Rekonstruktion der drei wichtigsten theoretischen Spielarten des Neoliberalismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verdeutlicht bereits, dass die Trennung von Markt und Staat unterschiedlich konzeptualisiert wird – und dass es deshalb analytisch irreführend sein *muss*, in der Forschung von *dem* Neoliberalismus zu sprechen. Der heute in der politikwissenschaftlichen Literatur artikulierten Kritik am Neoliberalismus liegt in erster Linie eine Kritik an der Wirkungsmächtigkeit des monetären Neoliberalismus der *Chicago School* zugrunde. Es ist dieser Ansatz, nicht die Betonung gegenseitiger Verantwortungsannahme freier Bürgerinnen und Bürger, wie sie die *Freiburger Schule* idealisiert, und auch nicht primär die von Friedrich August von Hayek gestellte Frage nach möglichen Informationsdefiziten staatlicher Institutionen, der als Angriff ökonomischer auf die politische Logik interpretiert wird.

Dennoch wäre es nicht korrekt, den Gebrauch des Terms Neoliberalismus in entsprechenden Texten als unmittelbare Kritik am Denken Milton Friedmans aufzufassen – vielmehr hat sich seit den 1980er Jahren ein viertes Konzept des Neoliberalismus herausgebildet, das dessen Kritikwürdigkeit stets impliziert und das auf der Annahme einer neoliberalen Hegemonie fußt. Diesen Gebrauch bezeichnen und erläutern wir im Folgenden als *ideologischen Neoliberalismus*. Die These neoliberaler Hegemonie kann unmittelbar auf den Erfolg des monetaristischen Neoliberalismus zurückgeführt werden. Anfang der 1970er Jahre befanden sich viele westliche Demokratien in einer Phase der Stagflation (also gleichzeitiger Inflation und wirtschaftlicher Stagnation), einer Krise, für die der keynesianistische Werkzeugkasten keine Lösung bot. In diese Lücke stieß der monetaristische Neoliberalismus mit vier klaren Policy-Empfehlungen:

1. Umstellung der Wirtschaftstheorie von Nachfrage- auf Angebotsorientierung.
2. Politik der geringen Inflationsrate durch kontinuierliche, aber langsame Ausweitung der Geldmenge.
3. Senkung der produktionsbezogenen Steuern.
4. Kein aktiver Eingriff des Staates in den Markt.

Diese einfachen Policy-Empfehlungen, die (vermeintlich) intuitiv nachvollziehbaren Erklärungsmodelle (z.B. die Annahme von Egoismus von Marktakteuren und die lineare Verknüpfung von Anstrengung und Belohnung) sowie der Einfluss der *Mont Pelerin Society* und die Dominanz des Neoliberalismus im fachwissenschaftlichen

Diskurs Anfang der 1970er Jahre ebneten dem Neoliberalismus den Weg in die Politik. Dabei kann man mit Biebricher (2012: 124) zwischen zwei Phasen differenzieren: dem *roll-back* und dem *roll-out* des Neoliberalismus.

Der *roll-back* wird mit der Politik von Margret Thatcher und Ronald Reagan assoziiert. Er bezieht sich auf das Zurückdrängen keynesianistisch inspirierter Politik einerseits und die Implementation von neuen, monetaristisch-neoliberal inspirierten Politiken andererseits. In dieser Phase artikuliert der Neoliberalismus Vorbehalte gegenüber der Effizienz, mit welcher der demokratische Staat Güter zur Verfügung stellt, Dienstleistungen produziert oder steuernd in die Marktprozesse eingreift. Das Problem besteht darin, dass der demokratische Staat als Institution vergleichsweise unfähig ist, Güter und Dienstleistungen effizient zu produzieren, was darin begründet liegt, dass er als Monopolist jenseits adäquater Informationen und außerhalb des Wettbewerbs stehend schlicht nicht genötigt ist, effiziente Strukturen auszubilden. Die grundlegende Frage lautet also nicht *Staat oder Markt?*, sondern *Monopol oder Wettbewerb?*. Der demokratische Staat, der ja immer noch als Garant von Recht und Sicherheit benötigt wird, muss folglich zu einem Wettbewerbsakteur werden. Dazu muss er entweder seine bislang über ein Monopol produzierten Güter und Dienstleistungen outsourcen oder er muss innerhalb seiner eigenen Institutionen und Strukturen künstlich Marktbedingungen erzeugen. Einschlägig ist in diesem Kontext die Literatur zu *New Public Management*, wobei zum programmatischen Kern dieser Zeit auch die Privatisierung vormals staatlicher Konzerne, die Privatisierung vormals staatlicher Leistungen sowie die Reduzierung sozialstaatlicher Leistungen gehören (vgl. Klein 2009).

Die zweite Phase des programmatisch verdichteten monetaristischen Neoliberalismus, der *roll-out*, wird mit der Politik von Bill Clinton, Tony Blair und Gerhard Schröder assoziiert. Diese Phase findet in einem diskursiven Kontext statt, in welchem der monetäre Neoliberalismus nach Ansicht seiner Kritiker bereits hegemonial geworden ist und damit als öffentliches Begründungsmuster gesetzt ist. Die negativen Effekte und die Konsequenzen der Politiken aus dem *roll-back* der ersten Phase werden „eingefangen“. Die Kehrseite dieses Einfangens besteht in dem Effekt, dass die nunmehr noch subtiler vermittelten Leitideen des monetaristischen Neoliberalismus diffundieren, also in immer mehr Bereiche politischer Gestaltung eindringen. Sie erbringen in immer weiteren und zunehmend auch in eigentlich *ökonomieaversen* Bereichen des täglichen Lebens normative Orientierungsleistungen. Diese Phase des *roll-out*, die von einigen AutorInnen wegen ihrer Verbindung zu sozialdemokratischer Politik auch als „linker Neoliberalismus“ bezeichnet wird, bedeutet somit eine Beschleunigung des neoliberalen Projekts. Es ist diese Form *und* Phase des Neoliberalismus, die im Mittelpunkt der ideologischen (und schließlich auch demokratietheoretischen) Kritik am Neoliberalismus steht – die als solche jedoch in der Regel nicht klar identifiziert und von anderen Formen und Phasen des Neoliberalismus bzw. der Ökonomisierung differenziert wird.

3. Der ideologische Neoliberalismus

In seinen Vorlesungen am *Collège de France* (2004a; 2004b) hat Michel Foucault (*1926; †1984) eine Analyse des Neoliberalismus als Herrschaftstechnik entworfen und somit eine Diskussion entfacht, die sich von der wirtschaftspolitischen Perspektive löst und eine kritische Zielsetzung verfolgt. In seinem Denken liegt somit der Ur-

sprung jener politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus begründet, die heute von großem Einfluss ist. Im Rahmen seines Gouvernentalitätsansatzes entwirft Foucault eine Erzählung zum Verhältnis von Politik und Ökonomie, die dem modernen, auf Eigensinnigkeit, Sphärentrennung und Komplementarität abstellenden Selbstverständnis gegenläufig ist (vgl. Lemke/Krasmann/Bröckling 2000). Er diagnostiziert eine „Übergriffigkeit“ der Sphären. Dabei handelt es sich zunächst um Übergriffe der politischen auf die ökonomische Sphäre, da ökonomische Akteure durch Herrschaftstechniken überhaupt erst subjektiviert, d.h. als solche *geschaffen* werden. Trotz ihrer Handlungsfreiheit in der ökonomischen Sphäre bleiben die Wirtschaftssubjekte jedoch regierte Subjekte, denn der *Homo oeconomicus* bildet die Schnittstelle zwischen Regierung und Individuum. Mit Blick auf das Hegemonialwerden des Neoliberalismus konstatiert Foucault jedoch auch eine in die entgegengesetzte Richtung verlaufende Vereinnahmung. So beschreibt er als einer der ersten Neoliberalismus-Kritiker, dass ökonomische Handlungsmaximen am Ende des 20. Jahrhunderts immer stärker die politische Entscheidungsfindung prägen.

Foucaults Kritik an der Ökonomisierung schließt unmittelbar an sein großes Thema an: die Untersuchung von Techniken der Beherrschung, Verwaltung und Normierung des Lebens. Die von ihm unterstellte Tendenz in der Anwendung dieser Techniken deutet darauf hin, dass die Beherrschung, Verwaltung und Normierung des Lebens von der Verfügbarkeit des menschlichen Körpers bis in die Denkweise der Menschen hinein gewandert ist. In diesem Sinne stellt die *Biopolitik* einen Kulminationspunkt von Beherrschungspraktiken dar, weil hier der Mensch erstmals aus eigenem Antrieb seine Unterwerfung unter ein Herrschaftssystem selbst vollzieht und vervollkommnet.

In seiner Analyse des konkreten Wirkens staatlicher Machttechniken hat Foucault den Aspekt der Kontroll- und Verwaltungsabsicht des Staates gegenüber seinen Bewohnern hervorgehoben und dafür den Begriff der *Gouvernementalität* geprägt. Die Ausübung von Macht beschränkt sich dabei nicht nur auf sichtbare, manifeste und dem Menschen äußerliche, sondern auch auf subtile, auf das Innere des Menschen abzielende Techniken. Die spezifische Rationalität neoliberalen Begründens kann dabei als ein *Dispositiv* moderner Regierungstechnik begriffen werden, weil sie eine Verbindung zwischen verschiedenen Aspekten des Regierens, also dem Staat, dem Markt und den Menschen knüpft, das offenes Begründen jenseits einer neoliberalen Kompatibilitätsvermutung – alles ist Markt – zwar nicht ausschließt, mit Blick auf seinen letztlich Erfolg bei der kollektiv verbindlichen Entscheidungsfindung jedoch weniger wahrscheinlich macht.

Im Rahmen seiner Analyse von Souveränität zwischen Gouvernentalität und Biopolitik stellt Foucault den Neoliberalismus als post-totalitäre Lösung einer perfekt verschleierte Beherrschungstechnik vor. Eine ideale Lösung für die Verschleierung ist der Neoliberalismus, weil er sich gleichermaßen als Technik zur Unsichtbarmachung von Souveränität und zur herrschaftslosen Durchsetzung von Herrschaft erweist, da es ihm gelingt, den Subjekten (den BürgerInnen) als komplett intrinsisch angelegt zu erscheinen. Angespornt durch materielle Belohnungen, also durch Erfolg, begründen die Individuen ihre Selbstdisziplinierung und -perfektionierung nicht nur, sondern setzen sie auch konsequent fort. Die fortschreitende Humankapitalisierung des *Homo oeconomicus* als „Unternehmer seiner selbst“ – der im Falle seines Erfolgs als vollwertiges Mitglied der Gemeinschaft gelten kann, Misserfolg hingegen wird dem Individuum, nicht aber der Gemeinschaft angelastet – geht hier vollkommen in der modernen staatlichen Regierungsmaschinerie auf: „In der Theorie wird so aus

dem Homo sapiens der ‚Homo oeconomicus‘, der sich seiner Präferenzen und Interessen bewusst ist und stets danach handelt, weil er über die rationalen Fähigkeiten einer effektiven Umsetzung verfügt. Aus der Summe der Einzelnutzen ergibt sich dann ein gesellschaftlicher Gesamtnutzen, dessen Maßstab die berühmte Grundregel des Utilitarismus von Jeremy Bantham ist: ‚das größte Glück der größten Zahl‘ (Ptak 2007: 30)

Selbstregierung, Regierung und Ökonomie, also der Mensch, der Staat und der Markt werden – das ist für Michel Foucault die politische Innovation des Neoliberalismus als Rationalität des Regierens im 20. Jahrhundert – identisch (vgl. Grenier/Orléan 2007).

Versteht man den Liberalismus als eine politische Theorie der Freiheit, so besteht die korrespondierende Regierungstechnik laut Foucault in einer Herrschaft durch Freiheit, das heißt in der Konstituierung der Individuen als freie, nur auf sich selbst zurückgeworfene Entitäten. Freiheit und Herrschaft sind damit keine Gegensätze mehr, stattdessen zeigt sich, dass Herrschaft durch Freiheit ausgeübt werden kann. Die historischen Wurzeln dieser liberalen Subjektivierungstechnik liegen für Foucault im Liberalismus des 18. Jahrhunderts – seine ‚perversen Effekte‘ zeigen sich jedoch vor allem heute, angesichts der Hegemonie des Neoliberalismus. Hegemonial geworden ist der Neoliberalismus also nicht, weil er die richtigen Antworten auf die ökonomischen Fragen seiner Zeit gegeben hat, sondern weil er als Ideologie fungiert.

Dem Neoliberalismus können jedoch aus einer solchen Perspektive, die weitgehend losgelöst von den Beschreibungen der ökonomischen Theorie agiert, auch empirische Phänomene zugeschrieben werden, die keine oder kaum noch Anknüpfungspunkte an die Aussagen des monetaristischen Neoliberalismus aufweisen. Die europäischen Bankenrettungen der letzten Jahre können als ein entsprechendes Beispiel angeführt werden. Sie werden aufgrund ihres unmittelbaren Nutzens für ökonomische Eliten immer wieder als Beleg für den Neoliberalismus aufgefasst, weil die Masse der Steuerzahler den Interessen verantwortungsloser Spekulanten dienen müsse. De facto entspricht eine derartige Interventionspolitik jedoch eher einem keynesianischen Verständnis als einem neoliberalen, wie die prinzipielle Kritik von Friedrich August von Hayek und Milton Friedman an den „kontingenten“ Folgen politischer Eingriffe in den Markt verdeutlicht.

Literatur

- Biebricher, Thomas. 2012. *Neoliberalismus zur Einführung*. Hamburg: Junius Verlag.
- Brown, Wendy. 2003. Neo-liberalism and the End of Liberal Democracy. *Theory & Event*, 7(1), http://muse.jhu.edu/journals/theory_and_event/v007/7.1brown.html. Zugegriffen: 28.9.2014.
- Crouch, Colin. 2008. *Postdemokratie*. Frankfurt (Main): Suhrkamp.
- Foucault, Michel. 2004a. *Naissance de la biopolitique: cours au Collège de France, 1978–1979*. Paris: Gallimard.
- Foucault, Michel. 2004b. *Sécurité, territoire, population: Cours au Collège de France, 1977–1978*. Paris: Gallimard.
- Grenier, Jean-Yves, und André Orléan. 2007. Michel Foucault, l'économie politique et le libéralisme. *Éditions de l'E.H.E.S.S. Annales. Histoire, Sciences Sociales*, 62(5): 1155–1182.
- Harvey, David. 2005. *A Brief History of Neoliberalism*. Oxford / New York: Oxford University Press.

- Hayek, Friedrich August von (1976): *Wohin zielt die Demokratie?* In: Ders. *Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung. Aufsätze zur Politischen Philosophie und Theorie*. 205–216. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Keynes, John M. 1936. *The General Theory of Employment, Interest and Money*. London: Palgrave Macmillan.
- Klein, Naomi. 2009. *Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus*. Aus dem Englischen übersetzt von Hartmut Schickert, Michael Bischoff und Karl Heinz Siber, Frankfurt (Main): S.Fischer.
- Lemke, Thomas, Susanne Krasmann, und Ulrich Bröckling. 2000. Gouvernamentalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. In *Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Hrsg. Dies., 7–40. Frankfurt (Main): Suhrkamp.
- Nullmeier, Frank. 2013. Zu einer politischen Theorie der Marktökonomie. Theoriebildung in Zeiten der Postdemokratie. In *Politische Vierteljahresschrift 3/2013*, 426–460.
- Ptak, Ralf. 2007. Grundlagen des Neoliberalismus. In: *Kritik des Neoliberalismus*, Christoph Butterwegge, Bettina Lösch, und Ralf Ptak. Unter Mitarbeit von Tim Engartner, 13–86. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Sandel, Michael J. 2012. *What money can't buy. The moral limits of markets*. New York: Farrar Straus & Giroux.
- Schaal, Gary S., Matthias Lemke, und Claudia Ritzi. 2014. *Die Ökonomisierung der Politik in Deutschland. Eine vergleichende Politikfeldanalyse*, Hrsg. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Smith, Adam. 1776. *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. London: Methuen & Co., Ltd.; dt: *Der Wohlstand der Nationen* (13. Auflage), hrsg. und übersetzt von Horst Claus Recktenwald, 2013, München: dtv.
- Streck, Wolfgang. 2013. *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Wegner, Gerhard. 2012. *Ökonomischer Liberalismus als politische Theorie. Befund, Rekonstruktion, Kritik*. Tübingen (=Untersuchungen zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik. Herausgegeben vom Walter-Eucken-Institut, Bd. 62): Mohr Siebeck.
- Willke, Gerhard. 2003. *Neoliberalismus*. Frankfurt (Main) / New York: Campus-Verlag.

Zivilcourage im Alltag



Gerd Meyer

Mut und Zivilcourage

Grundlagen und
gesellschaftliche Praxis

2014. 275 Seiten. Kart.
29,90 € (D), 30,80 € (A)
ISBN 978-3-8474-0172-8

Mut und Zivilcourage – was kennzeichnet, was unterscheidet sie? Was fördert, was hindert Menschen, mit mehr Zivilcourage zu handeln – privat, beruflich und im öffentlichen Leben?

Die erste systematische Analyse zum Thema, praxisnah und umsichtig ermutigend.

Jetzt in Ihrer Buchhandlung bestellen oder direkt bei:



Verlag Barbara Budrich
Barbara Budrich Publishers
Stauffenbergstr. 7
51379 Leverkusen-Opladen

Tel +49 (0)2171.344.594
Fax +49 (0)2171.344.693
info@budrich.de

www.budrich-verlag.de